

HAVEL BRANDUNG

2/2016

Die linke Zeitung
für Brandenburg an der Havel

**Unsozial und reaktionär -
die AfD Seite 2**

**Einkreisung - Verlust
der Autonomie? Seite 4**



**Die Kampagne geht
weiter Seite 7**

Hohenstücken wird aufgewertet

Brandenburg an der Havel nimmt seit 2003 am Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ teil, das eine Verbesserung der Wohnverhältnisse, der sozialen Infrastruktur und der Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen in ausgewählten Quartieren – für unsere Stadt ist das Hohenstücken – zum Ziel hat. Während der Schwerpunkt zunächst beim Rückbau in Verbindung mit der Wohnumfeld- und Freiflächengestaltung lag – Stichwort: kinder-, familien- und altengerecht – geht es seit etwa 2012 darum, die Themen Bildung, Demografie, Gesundheit, bürgerschaftliches Engagement, Sicherung intakter Nachbarschaften, Integration von Zuwanderern und Gewährung von Teilhabe in den Vorder-

gramms „Soziale Stadt“ kombiniert werden. Der städtische Finanzierungsanteil liegt bei ca. 150.000 € pro Jahr. Um die Stadtspitze von dieser Summe zu überzeugen, muss man gute Argumente haben. Was wurde in den vergangenen drei Jahren erreicht? Ein Quartiersmanagement wurde eingerichtet und ein Stadtteilbeirat hat seine Arbeit aufgenommen. Mit den JUSTIQ-Mitteln wird eine JuBa (Jugendberatungsagentur) gefördert, die Einzelfallhilfen bis hin zur Berufsvorbereitung anbietet. In Kombination mit der Förderung von Mikroprojekten werden zusätzliche Anreize für die Realisierung von Ideen aus der Bürgerschaft und für kleinteilige Maßnahmen gesetzt. Herzstück der BIWAQ-Förderung ist der Auf-



grund zu rücken. Dafür konnte die Verwaltung unter Leitung des Sozialbeigeordneten Dr. Wolfgang Erlebach (DIE LINKE) für die Zeit bis 2018 Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds einwerben, und zwar 3,35 Mio. Euro, die an zwei Programme gebunden sind: JUSTIQ (Jugend stärken im Quartier) und BIWAQ (Bildung Wirtschaft Arbeit im Quartier). Sie können mit den Mitteln des Bund-Länder-Pro-

gramms „Soziale Stadt“ kombiniert werden. Der städtische Finanzierungsanteil liegt bei ca. 150.000 € pro Jahr. Um die Stadtspitze von dieser Summe zu überzeugen, muss man gute Argumente haben. Was wurde in den vergangenen drei Jahren erreicht? Ein Quartiersmanagement wurde eingerichtet und ein Stadtteilbeirat hat seine Arbeit aufgenommen. Mit den JUSTIQ-Mitteln wird eine JuBa (Jugendberatungsagentur) gefördert, die Einzelfallhilfen bis hin zur Berufsvorbereitung anbietet. In Kombination mit der Förderung von Mikroprojekten werden zusätzliche Anreize für die Realisierung von Ideen aus der Bürgerschaft und für kleinteilige Maßnahmen gesetzt. Herzstück der BIWAQ-Förderung ist der Auf-

Redaktion Havelbrandung

Von ansteckender Kreativität Anke Domscheit-Berg, unsere Kandidatin für den Bundestag

Der Deutschlandfunk nannte sie eine „Parteihopperin“, sie selbst nennt sich eine „linke Socke“: Anke Domscheit-Berg, die von den Grünen zu den Piraten wechselte und nun für die LINKEN in



Anke Domscheit-Berg
Foto: Tham-Fotoatelier

unserem Wahlkreis 60 zur Bundestagswahl antritt, und zwar gegen das politische Schwergewicht Frank-Walter Steinmeier. Ist sie selbst ein politisches Leichtgewicht? Mitnichten. Hört man ihr zu, warum sie zwei Parteien nach anfänglicher Euphorie den Rücken kehrte, so kann man ihr nur beipflichten: Die einen haben den Pfad einer konsequenten Friedenspolitik verlassen, die anderen blieben in ihrem engen thematischen Spektrum, der Netzpolitik, befangen. Nun also die LINKEN. Als parteilose Kandidatin – an eine Mitgliedschaft denke sie momentan nicht – will sie sich vor allem für soziale Gerechtigkeit, Gleichstellungspolitik, die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens, die Demokratisierung des Internets und nicht zuletzt für eine humane Flüchtlingspolitik ein-

setzen. Als sie sich im Mai an mehreren Orten den LINKEN ihres zukünftigen Wahlkreises vorstellte, sprudelten die Ideen nur so aus ihr heraus. Sie wirkte sehr authentisch, taff, unkonventionell. Sie legte gleich los, kaum dass sie ihr keckes rotes Hütchen abgenommen hatte. Ihre Lebensstationen reichen eigentlich für drei Biografien: Geboren 1968 in Premnitz, EOS in Straußberg, Studium der Textilkunst und der internationalen Betriebswirtschaft mit Spanisch als Fremdsprache, Unternehmensberaterin, Lobbyistin für Microsoft Deutschland, Projektleiterin mehrerer Studien, in denen es um die Aufstiegschancen weiblicher Führungskräfte geht, Buchautorin (z.B. „Ein bisschen gleich ist nicht genug“) und Publizistin, Mutter eines Sohnes, zeitweise alleinerziehend, verheiratet mit dem nicht weniger umtriebigen, 10 Jahre jüngeren Daniel Domscheit-Berg, seßhaft geworden in Fürstenberg/Havel. Mehrfach erwähnte sie während ihrer Vorstellungsrunde Katja Kipping. Auf Nachfrage stellte sie klar: „Ohne Katja würde ich diesen Schritt, meine Kandidatur für die LINKE, nicht gegangen sein.“ Wenn das kein gutes Omen ist!

Dr. Uta Sändig

Wussten Sie schon...

... dass der Beitritt der BRD zur Nato vor Gründung des Warschauer Paktes stattfand?

... dass die Militärausgaben der Nato-Staaten zusammen 11-mal so hoch sind wie die Militärausgaben von Russland und 3-mal höher als die Ausgaben von Russland und China zusammen?

... dass Russland viel weniger konventionelle Waffen hat als die USA und dieses Ungleichgewicht mit mehr Atomwaffen kompensiert; dass folglich die Forderung nach atomarer Abrüstung Russlands so lange scheinheilig ist, wie andere Waffenarten bei der Betrachtung außen vor bleiben?

... dass die USA seit dem 2. Weltkrieg mehr als 50 Militäroperationen durchgeführt haben; mindestens 10 davon im Rahmen ausgewachsener Kriege. Über die Anzahl der Operationen, die von Russland ausgingen, weiß hingegen nicht einmal Wikipedia viel zu sagen.

...dass die BRD die Nato lahmlegen könnte, wenn sie aus ihren militärischen Strukturen austreten würde?

... dass der Verteidigungsetat der BRD gerade kräftig aufgestockt wurde, und zwar auf 130 Mrd. Euro?

... dass die BRD ihre Rüstungsexporte im vergangenen Jahr verdoppelt hat?

Redaktion HB

Unsozial und reaktionär Das Grundsatzprogramm der AfD

Bereits im Vorfeld des Bundesparteitags am 30. April und 1. Mai dieses Jahres in Stuttgart wurde kontrovers über den Entwurf eines Grundsatzprogramms der „Alternative für Deutschland“ (AfD) diskutiert. Nach dessen Verabschiedung ist es nun an der Zeit, sich dieses Programm genauer anzugucken. Dass die AfD rassistisch und islamfeindlich ist, sollte mittlerweile allgemein bekannt sein. Doch sie ist auch unsozial und reaktionär.

Die AfD ist unsozial

Die AfD möchte den Sozialstaat faktisch abschaffen: „Es bedarf neuer Konzentration auf die vier klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung.“ Gerade die sozialstaatlichen Aufgaben werden komplett ausgeblendet. Da verwundert dann auch nicht die folgende Feststellung: „Die AfD will die derzeit zur Erhebung ausgesetzte Vermögenssteuer und die Erbschaftssteuer abschaffen.“ Das ist zutiefst unsozial. Besonders vermögende Menschen müssen und sollten sich am solidarischen gesell-

schaftlichen Ausgleich beteiligen. Die AfD aber will den Status Quo erhalten: Reiche werden immer reicher und große Teile der Bevölkerung bleiben arm oder auf Sozialtransfers angewiesen.

Die AfD ist reaktionär

„Durch die Rückkehr zur Allgemeinen Wehrpflicht schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass sich die Bevölkerung mit „ihren Soldaten“ und „ihrer Bundeswehr“ identifiziert, mit Streitkräften, die in der Bevölkerung fest verankert sind, dass sich das Bewusstsein für die wehrhafte Demokratie wiederbelebt.“ Die AfD strebt eine (Re-)Militarisierung der deutschen Gesellschaft an. Auch der Begriff der „wehrhaften Demokratie“ wird hier bewusst in einen völlig neuen Kontext gesetzt. Und weiter: „Insbesondere Ehe und Familie garantieren als Keimzellen der bürgerlichen Gesellschaft den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt und genießen daher zu Recht den besonderen Schutz des Staates.“ Dieses Familienbild geht komplett an der Wirklichkeit vorbei. Allein-erziehende Menschen, un-

verheiratete Paare und Eltern sowie gleichgeschlechtliche (Eltern-)Paare sind längst keine Randerscheinungen mehr. Nicht-heterosexuelle Beziehungen werden völlig ausgeblendet.

Das waren nur einige Beispiele, wie sich die AfD programmatisch aufgestellt hat. In vielen Reden der AfD zeichnet sich allerdings ein noch weit aus düsteres Bild ab. Sie sind getrieben von der Angst vor Veränderungen, geben darauf Antworten von gestern und streben nach einer Welt, die an dieser Gestrigkeit schon zusammengebrochen war, lange bevor die Globalisierung und die Flüchtlinge kamen. Als LINKE werden wir weiterhin dem Rechtsruck durch AfD, Pegida und Co. entschlossen entgegen treten und für eine solidarische und emanzipierte Gesellschaft streiten. Um das Ewiggestrige zurück zu drängen, werden wir aber auch die Zukunftsfragen der Gesellschaft stellen, beantworten und – solidarisch, demokratisch, gerecht und modern – gestalten müssen.

Andrea Johlige (MdL)

Frau Nahles, was verkaufen Sie da als Fortschritt?

Sommer, Sonne, Ferien, Fußball-EM und die Vorfreude auf den eigenen Urlaub mögen derzeit so manche Menschen bewegen. Die ALG-II-Empfänger_innen bewegt indes die geplante Änderung des SGB II, auch Hartz IV genannt, die im Juni im Bundestag beschlossen wurde und zum 1. August in Kraft treten soll. Verkauft wird dies als Rechtsvereinfachung und Bürokratieabbau. Die Wirklichkeit allerdings ist eine andere. Weitere Verschärfungen drohen. Als ob die derzeit geltende Fassung nicht schon schlimm genug wäre! Seit 2005 sind Bescheide falsch und Sanktionen rechtswidrig. Das beweisen die Klagen vor

den Sozialgerichten, die nicht abreißen. Ein grober Überblick über die Änderungen zeigt, was hier auf uns zukommt. Legitimierung der Zwangsverrentung, Aufrechnungen und Sanktionen über vier Jahre, Beschränkung von Überprüfungsanträgen, Verschlechterung der Einkommensbereinigung etc. p.p. Das Ganze wird mit Sicherheit nicht besser durch die Einführung der e-Akte, ebenfalls ab 1. August. Selbst die vom Bundesrat geforderten Änderungen an diesem Verschlechterungsgesetz ignoriert Frau Nahles. Auf öffentlichen Druck hat sie sich zwischenzeitlich von den Kürzungen für Alleiner-

ziehende verabschiedet. Wir hoffen, das bleibt auch so! DIE LINKE im Bundestag hat hierzu einen Antrag (Drucksache 18/8076) mit 15 Forderungen eingereicht, um u.a. Sanktionen und Ersatzansprüche bei sozialwidrigem Verhalten abzuschaffen und unabhängige Beratungsangebote für die Betroffenen ausreichend zu finanzieren. Wir hören nicht auf, parlamentarisch und außerparlamentarisch gegen dieses Gesetz vorzugehen. Und für alle Betroffenen: Nutzt unsere Hilfsangebote vor Ort, bundesweit!

Petra Zimmermann

Mit der Kinderkommission im FEZ

Anlässlich des internationalen Kindertages haben die Mitglieder und Mitarbeiter_innen der Kinderkommission des Deutschen Bundestages auf meine Initiative hin am 1. Juni das Kinder-, Jugend- und Familienzentrum „FEZ“ in Berlin-Wuhlheide besucht. Das FEZ ist nach eigenen Angaben die größte gemeinnützige Jugendfreizeiteinrichtung Europas und mit seinem Theater- und Kinoprogramm, seinen Sportstätten und Ferienangeboten ganzjährig eine gefragte Adresse für Schulklassen, Kindergruppen und

aus den Zirkelgruppen wurden Arbeitsgemeinschaften. Und trotz knapper Berliner Kassen ist das FEZ heute ein öffentlich getragenes Vorzeigeprojekt für kinder- und jugendorientierte Sport- und Freizeitaktivitäten, unterstützt von zahlreichen Ehrenamtlichen, verbunden mit einem globalen und humanistischen pädagogischen Anspruch. Für mich als Linker ist dabei auch wichtig, dass mit den Angeboten des FEZ immer versucht wurde, soziale Unterschiede auszugleichen und allen Kindern die Chance



Norbert Müller mit dem Maskottchen der Kinderkommission

Foto:privat

Familien. Da ich selbst in Strausberg nahe Berlin aufgewachsen bin, war das FEZ seit meiner Jugend immer wieder Ziel von Projekt- und Wandertagen. Ich erinnere mich gut an meine ersten Versuche, auf dem „Optimist“ segeln zu lernen, oder an die Kosmonauten-Ausstellung mit Raumschiff-Modellen, in denen man sitzen und träumen konnte. Aber auch später war das FEZ für mich ein Ort des Lernens und Gedankenaustauschs. Im Jahr 2006 z.B. war ich als Mitglied der Linksjugend [solid] zu Gast auf den Polittagen der Bundesregierung. Seit den 1950er Jahren und den Zeiten der Pionierrepublik „Ernst Thälmann“ hat sich das Angebot des FEZ den verschiedenen Bedürfnissen neuer Generationen immer wieder angepasst. Es hat die politische Wende 1990 gut überstanden – aus der Pioniereisenbahn wurde die Berliner Parkeisenbahn und

zur Teilhabe zu geben. Der internationale Kindertag wurde vom FEZ mit einer großen Party und spannenden Veranstaltungen begangen. So konnten die Mitglieder der Kinderkommission mit Schüler_innen der Freien Grundschule „Pfefferwerk“ über Kinderrechte diskutieren. FEZ-Geschäftsführer Thomas Liljeberg-Markuse und seine Mitarbeiter_innen führten uns durch das „Alice-Museum“ für Kinder und das „Orbitall-Raumfahrtzentrum“. Museumspädagogin Pia Grottsch begleitete den Rundgang durch die aktuelle Ausstellung „Alles Familie!“. Die nach wahren Geschichten konzipierten Räume zeigten kindgerecht, dass vielfältige Familienkonzepte die klassische Kernfamilie bereichern. Die Mitgliedern der Kinderkommission konnten am Schluss resümieren: Das FEZ lebt – und wie!

Norbert Müller (MdB)

Nach wie vor wird im Kreisverband Brandenburg der LINKEN darüber diskutiert, ob die kommunalpolitische Vereinbarung mit der CDU eine gute Entscheidung war - oder nicht. HAVELBRANDUNG bat Gegner und Befürworter der Vereinbarung, ihre Argumente hier noch einmal darzulegen.

Kooperation mit der CDU sofort kündigen!

Was ein LINKER ist, ist heute schwer darzustellen. Sind LINKE in Regierungsfunktionen, bleiben nur zwei Möglichkeiten: Sie können sich den bestehenden Machtverhältnissen unterwerfen und diese akzeptieren - oder aber sie stellen „Sachzwänge“ (leere öffentliche Kassen/Schulden) in den Mittelpunkt und versuchen die Verhältnisse zu verändern, welche diese scheinbaren Sachzwänge produzieren. Für uns ist klar, dass es nur den zweiten Weg gibt, den die LINKE gehen muss.

Es muss der LINKEN klar sein, dass sie keine Gefahr mehr für die bürgerlichen Parteien darstellt, weil sie keine gesellschaftliche Alternative mehr fordert, wenn sie sich zu keiner Kapitalismuskritik hinreißen lässt. Die Gesellschaft hat einen Rechtsruck gemacht, und zwar überall auf der Welt. Überall sind die Menschen aggressiv und nicht zu befrieden. Die LINKE überlegt nur noch, was sie den Menschen versprechen kann, um gewählt zu werden. Ist sie gewählt worden, kuschelt sie sich an die regierenden Mehrheiten, um auch vom Kuchenteller zu naschen. Wie die LINKE hier in der Stadt handelt, ist unverantwortlich.

Die dadurch anstehende Gefahr liegt klar auf der Hand: Wozu braucht der Wähler in dieser Stadt noch die LINKE? Er kann gleich dem Original

die Stimme geben, denn die „Kopie“ macht sich überflüssig. Die LINKE ist zum Mehrheitsbeschaffer der CDU-dominierten Verwaltung verkommen. Beim Paktieren mit der CDU macht sich die LINKE völlig unglaubwürdig, wirft ihr soziales Gewissen über Bord und schwimmt mit auf der Welle der Macht. Man folgt bedingungslos dem neoliberalen Kurs der CDU.

Die sozial benachteiligten Mitbürger wenden sich so zunehmend von der LINKEN ab und fallen eher auf rechte Parteien herein, die sich gern das soziale Mäntelchen umhängen. Die AfD hatte in Brandenburg an der Havel zur Kommunalwahl 2014 mit 5,8 % etwas weniger an Prozenten erreicht, als die Linke verloren hat. Der ureigenen Verantwortung der LINKEN, der Bekämpfung des rechten Randes, kann die LINKE hier in der Stadt mit solch einer „Kuschel“-Politik niemals gerecht werden.

Die Kooperation mit der CDU hat den LINKEN und den Bürgern in dieser Stadt nichts gebracht, außer einer großen Unzufriedenheit und einer nahezu vollständigen Lähmung der politischen Arbeit innerhalb unserer Partei.

Unser Ziel ist eine unabhängige LINKE in Brandenburg. So gewinnen wir auch Genossen und Wähler zurück, die uns aus Enttäuschung verlassen haben.

Die Mitglieder der BO DOM

Schwächen Kompromisse die Kampfkraft?

DIE LINKE hat an Zustimmung eingebüßt, wie die Wahlergebnisse bundesweit zeigen. Auf der Suche nach Gründen wird von nicht wenigen Linken geltend gemacht, dass Regierungsbeteiligungen, egal auf welcher Ebene, der Partei nicht gut getan hätten. Wenn das so einfach wäre, müssten die Linken in Sachsen-Anhalt, die in der vergangenen Wahlperiode eine reine - und allseits geschätzte - Oppositionsarbeit geleistet haben, von einem Wählereinbruch verschont geblieben sein. Der betrug aber auch dort, wie fast überall, rund 7 Prozent. Eine eindimensionale Ursachen-Zuweisung ist also untauglich. DIE LINKE ist angetreten, eine sozial gerechte Ordnung zu schaffen - aber über die Mittel, wie sie das tun soll, herrscht Uneinigkeit. Soll sie „die Orientierung auf das Mitregieren im Bund“ - oder auch im Land oder gar vor Ort - „aufgeben“, wie das beispielsweise Lucy Redler von der „Sozialistischen Alternative“ fordert? Oder soll sie den Regierenden durch Mitregieren auf die Finger schauen, vertretbare Kompromisse eingehen und ihnen das eine oder andere Zugeständnis abringen? Unser Kreisverband hat sich mehrheitlich und zeitlich begrenzt für den zweiten Weg entschieden. Dass in unserer Havelstadt als Kooperationspartner eher die CDU

als die SPD infrage kam, ist eine regionale Besonderheit, die mit dem schon über Jahre andauernden unsäglichen Zustand der hiesigen SPD zusammenhängt.

Die ungewöhnliche Vernunfttehe mit der CDU war durchaus nicht erfolglos. Vor allem im Kultur- und Sozialbereich, der von unserem linken Beigeordneten geführt wird, konnten wir punkten. Auf unser Konto gehen unter anderem: ein neues Frauenhaus, das Programm „soziale Stadt“ mit dem Schwerpunkt Hohenstücken, ein vorbildliches Wirken für die Unterbringung der Geflüchteten, die Erarbeitung eines lokalen Teilhabeplanes für Menschen mit Behinderung, die Rettung des Industriemuseums. Neben den immer schmerzhaften, jedoch leider notwendigen Gebührenerhöhungen im Sozialbereich wurde aber auch zum 2. Mal, gegen den Widerstand der CDU, die Grund- und Gewerbesteuer erhöht, um weitere Einschnitte ins soziale Netz zu verhindern.

Glaubt wirklich irgendjemand, diese Projekte hätten wir in der Opposition mit einer zerfaserten und tief zerstrittenen SPD besser realisieren können, wenn überhaupt?

Wir Linken sind leider dafür bekannt, die eigenen Erfolge nach außen wie innen kleinzureden. Ein anderer Fehler ist, dass viele Linke ihre

programmatischen Vorstellungen nur unzureichend an der Wirklichkeit messen. Die zitierte Lucy Redler verlangt eine stärkere „Zuwendung zu den sozialen Bewegungen, kämpfenden Belegschaften und der Straßen- und Nachbarschaftsarbeit in einfachen Arbeitervierteln“. Klingt super, aber die Realität ist weniger übersichtlich: Im Kampf der Belegschaften gibt es schon lange die Tendenz, die Interessen der Schwächsten dem Mehrheitsprinzip zu opfern. Und die klassischen Arbeiterviertel sind längst passé. Wer solcher Sozialromantik anhängt, sollte sich fragen lassen, ob er/sie selber danach lebt. Oder bevorzugt er/sie das Häuschen am Stadtrand oder genießt die Segnungen der kapitalistischen Verbeamtung oder kriegt es nicht mal hin, mit seiner Nachbarschaft bzw. Familie in Frieden zu leben, oder verneift sich den Vorwurf ausbeuterischer Verhältnisse, sobald es um den eigenen Arbeitsplatz geht? Eine Vernunfttehe wie die mit der CDU stupst einen mit der Nase auf solche Fragen, die man im Oppositionsrausch vielleicht übersehen hätte. Aber gegen eine kräftige Portion Vernunft wird ja wohl niemand was haben, zumal sie die Kampfkraft stärkt.

*Lutz Krakau
Uta Sändig*

Nachlese zum 5. Bundesparteitages der Partei DIE LINKE.

Am Morgen des 28.5. machten sich Andreas Kutsche und ich erwartungsvoll und gutgelaunt auf den Weg nach Magdeburg; am 29. 5. verließen wir gegen 16 Uhr nach 23-stündigem Tagungs-marathon müde und voller Eindrücke die Messehalle. Wir hörten brisante Reden, erlebten eine lebhaftere Aussprache sowie eine teils ermüdende Antragsdiskussion - und wir wählten einen neuen Parteivorstand.

Das Ziel des Parteitages, ein

starkes Signal des Aufbruchs zu geben und den Bundestagswahlkampf 2017 politisch-inhaltlich vorzubereiten, zog sich durch alle Beiträge. Allerdings wurde der technisch brillant vorbereitete Parteitag durch einen zutiefst verwerflich Zwischenfall überschattet. Kurz nach Beginn wurde Sahra Wagenknecht von einem Mann eine Torte ins Gesicht geschleudert. Dieser Angriff wurde von den beiden Parteivorsitzenden

und Dietmar Bartsch als menschenverachtend und asozial verurteilt und als Angriff auf die gesamte Partei gewertet. Auch ein Vertreter von [solid] distanzierte sich und führte aus, dass die Waffen der Jugendorganisation im Kampf gegen Andersdenkende Worte und nicht tätliche Angriffe sind. Später bekannte sich die selbsternannte „Antifaschistische Initiative“ zu dem Angriff, mit dem sie Sahra „einen Denkkettel verpassen“ wollte.

Bewirkt wurde das Gegenteil. Sahra konnte den Parteitag nach ihrer hervorragenden und mit tosendem Applaus belohnten Rede gestärkt verlassen.

In Einzelwahlen wurde der Vorstand für 2 weitere Jahre in seinem Amt bestätigt. Besonders hat uns gefreut, dass Thomas Nord als Bundesschatzmeister mit 72,2% bestätigt wurde.

Auch bei der Wahl der neuen weiblichen Vorstandsmitglieder hatten wir Grund zur

Freude: Die Kandidatinnen aus Brandenburg, Anja Mayer, Claudia Sprengel und Daniela Trochowski, sind in den Parteivorstand eingezogen.

Die Zeit reichte leider nicht, um alle 90 Anträge zu behandeln; 29 wurden an den Bundesausschuss bzw. in den Parteivorstand verwiesen, was von wenigen Delegierten kritisiert wurde.

Ilona Friedland

Nachruf



Wir trauern um unsere Genossin Hannelore Schulze (1938 – 2016).

Am 25.04. hat sie den Kampf gegen ihre schwere Krankheit verloren. Hannelore war eine allseits geschätzte Genossin, die sich während ihrer langen Mitgliedschaft in unserer Partei unermüdlich für linke Ziele einsetzte und persönliche Wünsche oftmals hintenan stellte. Mit viel Einsatzbereitschaft hat sie als Vorsitzende der BO Wilhelmsdorfer Vorstadt mit ihren GenossInnen gesellschaftliche, soziale und kommunale Probleme diskutiert und sachkundige Vorschläge unterbreitet. Ihre große Hilfsbereitschaft und Einsatzfreude kam auch als ehrenamtliche Vorsitzende einer Ortsgruppe der Volkssolidarität zum Tragen.

Sie hinterlässt eine Lücke, die nicht zu schließen ist. Ihrer Familie gilt unser tiefes Mitgefühl.

Kreisverband DIE LINKE Brandenburg an der Havel

Gedenken, Spiel und Spaß, eine Kampagne und ein Ehrentitel

„Frank Gorgas war einer von uns, er lebte hier mit seiner Familie auf dem Görden, war

diesem Jahr seinem Andenken gewidmet und wurde mit einer Schweigeminute eröffnet.



Kiddys für Kiddy

beliebt in seinem Stadtteil, hatte allzeit ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte anderer und half, wo er konnte“ – mit diesen Worten eröffnete der Landtagsabgeordnete und Schirmherr des Festes Andreas Bernig (DIE LINKE.) am 5. Juni das 14. Kinder- und Familienfest im Waldcafé Görden. Frank Gorgas gehörte viele Jahre zu den Organisatoren des mittlerweile zur Tradition gewordenen Festes und ist vor wenigen Wochen nach langer schwerer Krankheit verstorben. Deshalb war das Fest in

Danach ging das bunte Programm für Klein und Groß dann los. Es wurde viel geboten: Musik von DJ Deddy, Vorführungen u. a. von der Sportschule Chae, Kremserfahrten, Trödelmarkt, Sport- und Spielmöglichkeiten und jede Menge leckeres Essen. Und damit alle an dem Spaß teilhaben konnten, waren Sport und Spiel wie immer kostenlos.

Das passte wiederum zu dem Infostand unseres Kreisverbandes zur bundesweiten Kampagne „Das muss drin sein“. Mit dieser Aktion möch-

te DIE LINKE die gesellschaftliche Auseinandersetzung um prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse vorantreiben und den politischen Druck zur Durchsetzung ihrer diesbezüglichen Forderungen erhöhen. Aber nicht nur den Gästen galt dieses Jahr ein besonderes Augenmerk: Rosi Musehold, die mit weiteren Mitgliedern der Basisorganisation Görden I das Kinder- und Familienfest 2003 ins Leben rief, wurde für ihr unermüdliches Engagement der Titel der „Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit“ vom Leiter des Festkomitees Hartmut Kühne verliehen. Neben dem Festkomitee gehören die Volkssolidarität, die BetreiberInnen des Waldcafé Görden und der Kreisverband der LINKEN zu den OrganisatorInnen des Kinder- und Familienfestes.

Jule Moosdorf
und Daniel Herzog

Wir fürchten den Verlust der Autonomie

Der Erhalt bzw. Verlust der Kreisfreiheit unserer Havelstadt ist in aller Munde. Jule Moosdorf befragte dazu den Co-Vorsitzenden unseres Kreisverbandes und Mitglied der SVV-Fraktion Lutz Krakau. **HB: Lutz, wie steht die Fraktion derzeit zum Thema Kreisfreiheit?**

L. K.: Im Wahlprogramm haben wir festgelegt, dass wir parteiübergreifend für den Erhalt der Kreisfreiheit kämpfen werden. Daran hat sich auch nach dem Erscheinen des Leitbildes und den vielen Konferenzen nichts geändert. Im Gegenteil, die Front der Ablehnung dieser Struktur- und Verwaltungsreform ist breiter und stärker geworden.

HB: Was beinhaltet denn das Leitbild?

L. K.: Das Leitbild der Landesregierung enthält nur marginale Verbesserungen gegenüber dem Beginn der Reformdebatte. Auf etwa 80% der Forderungen, die wir als SVV gestellt haben, wird nicht eingegangen. Es gibt zwar mehrere Angebote an die Stadt – die hätten aber ohnehin kommen

müssen und sind nicht an eine Einkreisung gebunden, zum Beispiel die Teilentschuldung.

HB: Wie sehen die Forderungen der LINKEN aus?

L. K.: Wir fordern eine Teilentschuldung von 30 – 45 Mio. € für Brandenburg innerhalb von zwei Jahren. Im Moment haben wir circa 170 Mio. Kassenkreditschulden. Ob mit oder ohne Einkreisung werden wir in 3 bis 4 Jahren wieder den alten Schuldenstand haben, da der Bund soziale Aufgaben für die Länder und Kommunen nicht ausreichend ausfinanziert. Was das Land vom Bund nicht



Lutz Krakau, Kreisvorsitzender Die LINKE. Brandenburg an der Havel

bekommt, kann es uns nicht geben. Schon allein die sozialen Pflichtaufgaben machen mehr als 50% des Stadthaus-

haltes aus. Die sog. freiwilligen Aufgaben – z.B. Marienbad, Theater, Bibliothek, Galerie Sonnensegel, Jugendclub und ÖPNV – sind da noch nicht mit eingerechnet.

HB: Was genau befürchtet DIE LINKE hier in der Stadt bei einer Einkreisung?

L. K.: Erstens natürlich den Verlust von Autonomie und Selbstbestimmung. An Beispielen ehemaliger Kreisstädte wie Eisenhüttenstadt sehen wir, was passieren kann. Anfänglich hat die Stadt noch viele kreisliche Aufgaben erhalten, vom Zulassungswesen

sie sie nicht mehr finanzieren konnte. Wie soll ein Landkreis schaffen, was das Land nicht hinbekommt? Das ist alles nur so lange zu stemmen, wie der Kreistag die Gelder dafür bewilligt. Aber das Gegenteil wird der Fall sein, denn der Kreistag muss eine Kreisumlage auch von der Stadt generieren.

HB: Wie würde denn so eine Einkreisung strukturell aussehen?

L. K.: Wir bekämen circa ein Drittel der Stimmen im Kreistag HVL oder ein Viertel in PM. Über alle wesentlichen Dinge, die unsere Stadt betreffen, entscheidet dann also der Kreistag. Aber was interessiert Rathenow oder Stahnsdorf z.B. die Straßenbahn in Brandenburg? Wir sind dann eine „Landräterepublik“ und die übrigen Kommunen müssten die Schulden der eingekreisten Städte mit übernehmen und uns würde die Kreisumlage belasten. Die Landesregierung hat bis heute nicht einen einzigen Punkt genannt, der die BrandenburgerInnen nach einer Einkreisung besser stellen

würde als vorher.

HB: Es wird immer von Einsparungen gesprochen?

L. K.: In 10 Jahren kann es durchaus Synergieeffekte geben: Wenn Landkreise zusammengelegt werden, hat man weniger Kreisverwaltungen. Aber schon heute ist die Uckermark größer als das Saarland. Die Kreise werden riesig, die Wege für BürgerInnen werden, auch bei Aufrechterhaltung vieler Außenstellen, weiter und die Arbeit der ehrenamtlichen Kommunalvertreter wird aufwendiger werden. Die letzte Anhörung im Juni im Innenausschuss des Landtages hat gezeigt, dass sowohl die Landkreise als auch die kreisfreien Städte das Vorgehen der Landesregierung ablehnen. Vor allem stört sie, dass hier Entscheidungen übers Knie gebrochen werden sollen, die nicht aus einem demokratischen Meinungsbildungsprozess hervorgegangen sind. Was wir brauchen, sind Entscheidungen, die auch in 30 Jahren noch Bestand haben.

Austausch und Vernetzung

Refugee-LGBTI-Conference im Haus der Offiziere (HdO)

Die Situation von Menschen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden und deshalb fliehen, ist auch in Deutschland desolat. Zusätzlich zu dem Etikett „Fremde“ werden sie oft als „Schwule“ oder „Lesben“, auf jeden Fall als „anders“ gelabelt.

Vom 15. bis 17. April fand in Brandenburg an der Havel eine Konferenz für Geflüchtete mit LGBTI-Hintergrund (Lesben, Gay=Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle) statt. Circa 70 Menschen, Refugees und Supporter_innen, fanden sich im HdO ein. Eröffnet wurde mit einer Podiumsdiskussion, an der Harald Petzold (queerpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag), Hans Kalben (Schwulenberatung Berlin, Mitbegründer der ersten LGBTI-Asylunterkunft in Berlin) und Ajay (LGBTI-Geflüchteter aus Indien) teilnahmen. Im Gespräch ging es vor allem um die Situation der Betroffenen und die politischen Möglichkeiten, einzugreifen und zu helfen. Viele ergriffen das Wort und schilderten die Zustände in den Heimen, berichteten von Repressionen und Übergriffen durch andere Geflüchtete wegen ihrer sexuellen Orientierung und der mangelnden Unterstützung durch Sozialarbeitende, Heimleitung oder Ämter.

Nach der Diskussion und reichlich Essen ging es ent-

weder zur Party im HdO mit „You're only massive“ oder doch lieber ins Bett, denn der nächste Tag sollte anstrengend werden.

Am Samstag gab es die Möglichkeit, nach dem gemeinsamen Frühstück an verschiedenen Workshops teilzunehmen. Die Teilnehmenden tauschten sich über ihre Erfahrungen mit dem „Interview“ (Fragebogen zur Datenerfassung) beim BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) aus, diskutierten mit dem Migrationsrat Potsdam und besprachen zusammen mit dem Verein „Glad e.V.“ die Möglichkeiten des Aufbaus eines gemeinsamen Netzwerks. Außerdem wurden eine Beratung zur gesundheitlichen Vorsorge der „AIDS-Hilfe Potsdam e.V.“ und ein Selbstverteidigungsworkshop der Gruppe „Tigertabs“ angeboten.

Die Teilnehmenden hatten so die Möglichkeit, über ihre Probleme mit erfahrenen Referent_innen, aber auch mit anderen Betroffenen zu sprechen. In den Pausen zwischen den Workshops wurden Erlebnisse und Telefonnummern ausgetauscht. Die Vernetzung und das Kennenlernen anderer Betroffener war das Hauptziel der Konferenz. „Oft wird nur **über** Refugees gesprochen, selten **mit** ihnen“, so Emma Silverstein, die Sprecherin des Vorbereitungskreises. „Wir

wollten eine Plattform bieten, wo Betroffene und Supporter_innen über Probleme und Bedürfnisse sprechen können. Wir sehen uns in der Organisation nur als Moderierende und Anbietende.“ Es zeigte sich, dass es vor allem die Verschärfung des Asylrechts und die Unterbringung in Massenunterkünften sind, die den Geflüchteten aller Couleur keinen Schutz bieten. Die Forderung nach einer dezentralen Unterbringung aller Geflüchteten wurde laut: „In der angespannten politischen Situation, in der immer mehr Menschen ihre Heimat verlassen und nach Europa fliehen, begrüßen wir Maßnahmen wie die Errichtungen gesonderter Unterkünfte für besonders Schutzbedürftige wie LGBTIs, Frauen und Kinder“, so Emma Silverstein. „Dies kann jedoch keine dauerhafte Lösung sein. Wir schließen uns daher der Forderung an, alle Geflüchteten dezentral unterzubringen, weil jeder Mensch ein Recht auf Entfaltung, Privatsphäre und Sicherheit haben soll.“

Den Abschluss der Konferenz bildete am Sonntag die Gaypride. Viele Menschen kamen aus Potsdam und Berlin hinzu, um gemeinsam zu zeigen: Wir sind da, wir sind laut, wir wollen gesehen werden!

Das Orga-Team der Konferenz

Alles Trick?

Nun ist es höchststrichlerlich entschieden: Urlaubs- und Weihnachtsgeld können zum Mindestlohn hinzugerechnet werden.

Alles Trick – so hieß eine beliebte Kindersendung im Fernsehen der DDR. Beliebte ist aber das aktuelle Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) bei tausenden Mindestlohneempfängern nicht.

Trickreich, aber laut BAG legal ist ein kommunaler Arbeitgeber dieser Stadt vorgegangen. Das Städtische Klinikum mit seiner Tochterfirma KlinikServiceCenter GmbH soll-

te eigentlich Vorbildcharakter haben; das Gegenteil ist der Fall: Armutsrentner aus kommunalen Einrichtungen heißt die Devise. Rechtlich mag das ja o.k. sein – aber moralisch? Dass gerade dieses erste Urteil zum gesetzlichen Mindestlohn, also der Präzedenzfall, aus Brandenburg kommt, entbehrt nicht der Ironie. Die rot-rote Landesregierung hat die Entscheidung des BAG denn auch umgehend kommentiert. So verlautbarte die linke Sozialministerin Diana Golze, auch zuständig für Arbeit: „Das heutige Urteil zeigt,

dass das Mindestlohngesetz hier eine Klarstellung benötigt und dringend verbessert werden muss. Es darf kein Aufweichen des Mindestlohns geben. Wir brauchen in Deutschland einen starken Mindestlohn, um Lohndumping wirksam bekämpfen zu können.“

Deshalb will die Landesregierung eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel starten, die Verrechnung des Mindestlohns mit Weihnachts- und Urlaubsgeld zu verhindern.

Andreas Kutsche

Kohle gehört auf den Grill

Der Sommer ist nah und damit steigt die Nachfrage nach Grillkohle. Und das ist auch gut so. Neben dem Brennstoff fürs Freizeitvergnügen dient Kohle – Braunkohle – aber auch zur Energiegewinnung in Kohlekraftwerken. Und das ist weniger gut, um nicht zu sagen schlecht. Neben dem zu kritisierenden Schadstoffausstoß bei der Verbrennung ist vor allem der Abbau der benötigten Braunkohle ein beträchtlicher Eingriff in die Natur und die Lebenswelt der Menschen. Wälder, Wiesen und ganze Dörfer müssen – auch hier im Osten der Repub-

standene Mondlandschaft, die aus der Vision einer von Maschinen kontrollierten Zukunft entnommen scheint, ist kaum zu beschreiben. Ein endlos wirkendes Sandloch bis an den Horizont, in geraden Zügen gegraben, unterbrochen nur vom kalten Stahl der ruhelosen Bagger, die Meter um Meter die Landschaft zu verschlingen scheinen. Am Rande der Demonstration standen immer wieder Anwohner_innen, die auf die Angst um ihre Arbeitsplätze hinwiesen und teilweise gleichzeitig um die Zukunft ihres Dorfes als Ort des nächsten Tagebaus



DemonstrantInnen an den Aktionstagen in der Lausitz

Foto: Fabian Melber

lik – dem Bagger weichen. Braunkohle ist kein Energieträger für eine moderne und zukunftsfähige Gesellschaft und wird dank der Nutzung erneuerbarer Energien noch nicht einmal mehr für die Deckung unseres Strombedarfs benötigt. Wir erklären uns daher solidarisch mit den Forderungen des „Ende Gelände“-Bündnisses und fordern einen sozial verträglichen Ausstieg aus der Braunkohle im engen Dialog mit den Arbeiter_innen und Gewerkschaften vor Ort.

Um diese Forderung zu unterstreichen, haben wir am 14. Mai an einer Demonstration des Bündnisses entlang des Braunkohletagebaus Welzow-Süd in der Niederlausitz teilgenommen. Die Demonstration zog sich als lange Reihe durch Dörfer und ein kleines Waldstück, bis schließlich der Rand des Tagebaus in Sicht kam. Der Blick auf diese künstlich ent-

fürchteten.

Die Teilnahme von ansässigen Gewerkschafter_innen an der Demonstration war daher ein wegweisendes Signal für die Entwicklungsrichtung der Braunkohleregionen im Rahmen eines sozial-ökologischen Umbaus, denn nur gemeinsam mit den Anwohner_innen können wir den Ausstieg schaffen und die Betreiber_innen der Braunkohleenergie in die Pflicht nehmen. Also: Kohle gehört auf den Grill und nicht in die Kraftwerke! Und wenn ihr noch einen drauf setzen wollt für unsere tierischen Freunde in Wald und Feld, dann versucht es doch mal mit einem fleischfreien Grilltag.

Einen schönen Sommer wünscht Euch die

Emanzipatorische Opposition
[eo*]

Bella gibt ihren Senf dazu

Hallo Leute,

kaum ist die eene Provinzposse vorbei (vorläufig jedenfalls), da folgt in unserer schönen Havelstadt schon



die nächste. Erst kriselte es in der CDU-Familie, jetzt hauen sich die SPD-Jenossen gegenseitig in die Pfanne. Viel Jesprächsstoff, um die Wartezeit bei uns im Salon „Scharfe Schere“ zu überbrücken. Meine Kundinnen bilden zwei Lager: Die einen nennen die Verpfeiferin (auf Neudeutsch Whistleblowerin), übrjens eine Zugezogene, die den ganzen unappetitlichen Chat-Verkehr öffentlich gemacht hat, eine mutige Person, die anderen eine Petze. Ick selbst neige zu letzterem, schließlich hat die Dame ja zuerst kräftig mit jehetzt, um

dann die Reißleine zu ziehen. Wat hat sie zu diesem Enthüllungseifer jetrieben? Hätte man die schmutzige Wäsche nicht besser intern waschen sollen? Musste man denn den ganzen Kinderkram – und für mich is det Kinderkram – vor der Öffentlichkeit ausbreiten? Da überschlagen sich einige Herrlichkeiten und Dämlichkeiten – pardon – in Geltungsdrang und die Redlichen unter den Jenossen fallen aus allen Wolken. Und jetzt auch noch diese Ausgründung einer Extra-Fraktion: „Bürger für Bürger“ – bescheidener jeh't's wohl nicht?

Erinnert ihr euch noch an „Die Roten“? Damals hat es bei den LINKEN so eine Abspaltung jegeben. Deren Initiator ist inzwischen zur SPD überjewechselt. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Kennt ihr noch det alte Lied: „Drum links – zwei – drei, wo dein Platz, Genosse, ist. Reih' dich ein in die Arbeitereinheit-front...“ Davon sind die Hellroten derzeit weit entfernt. Und die Dunkelroten? Tragen die ihre Meinungsverschiedenheiten bekömmlicher aus? Det will ick mal hoffen. Und die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt – sagt

Eure Bella Branne

Jägerschnitzel DDR – Art

Aus unserer Rubrik: Kochen mit Links

In den 1990er Jahren stellte sich der eine oder der andere Bewohner der westlichen Bundesländer unter dem Namen Jägerschnitzel etwas anderes vor. In der DDR improvisierte man gern und manchmal kam da etwas Leckeres heraus.



Zutaten für vier Personen
500 g Spirelli-Nudeln
8 Scheiben Jagdwurst (Stärke ca. 5 mm)
ein wenig Mehl
Semmelbrösel
Rapsöl

für die Tomatensauce
1 mittlere Zwiebel
200 g Ketchup
2 El. Tomatenmark
ein wenig Mehl
etwas Sellerie, Kräuter
Rapsöl, ggf. etwas Brantwein

Zubereitung
 Die Zwiebel in kleine Würfel schneiden. Diese in Rapsöl glasig braten. Tomatenmark und Mehl hinzugegeben. Unter ständigem Rühren anrösten. Um eine sämige Konsistenz zu erhalten, werden Wasser, ggf. etwas Brantwein und Rapsöl hinzugegeben, zuletzt der Ketchup. Nach Geschmack mit Pfeffer, Salz, Zucker, Sellerie und Kräutern (z.B. Petersilie) würzen. Alles kurz aufkochen und dann etwa fünfzehn Minuten köcheln lassen.

Währenddessen werden die Jagdwurstscheiben zuerst in Mehl gewälzt, dann in Ei gewendet und zum Schluss in Semmelbröseln paniert. Alles gut andrücken, damit sich die Panade beim Braten nicht löst. In Rapsöl goldbraun brutzeln.

Die Nudeln nach den Zubereitungshinweisen des Herstellers kochen. Alles in einem tiefen Teller servieren.

Werner Müller

Allheilmittel Basisdemokratie?

Der Begriff „Demokratie“, so haben wir das schon in der Schule gelernt, kommt aus dem Altgriechischen (dêmos krátia) und bedeutet Herrschaft des Volkes. Der Athener Staatsmann Perikles forderte, dass „der Staat nicht auf wenige Bürger, sondern auf die Mehrheit ausgerichtet“ sein soll. Dabei fußte schon der damalige Mehrheiten-Begriff auf einer geschönten Rechnung, denn gezählt wurden nur die männlichen freien Bürger, nicht aber die Sklaven und die Frauen. Heutzutage dominiert eine andere Frage: Soll die Herrschaft der Mehrheit durch gewählte Vertreter („repräsentative Demokratie“) oder durch unmittelbare Einflussnahme, etwa über Volkstent-scheide und direkte Aktionen („Basisdemokratie“), ausgeübt werden? Oder ist eine Mischung aus beidem die

Lösung? Weit verbreitet ist die Skepsis gegenüber einer repräsentativen Demokratie, deren Vertreter sich von der Basis entfernt haben. Aber auch die Basisdemokratie ist offenbar kein Allheilmittel.

„Basis“ lässt sich allgemein mit „Grundlage, auf die man sich stützen kann“ überset-

Aus unserer Rubrik:
Im Lexikon geblättert

zen, spezieller auch mit „breite Volksmassen“. Geht es also bei der Basisdemokratie um Volks- bzw. Massenbewegungen? Die sind aber kaum in Sicht. Oder können auch die Aktionen kleiner Gruppen als basisdemokratisch gelten? Und wie sind andererseits lokale Initiativen zu bewerten, wo unmittelbar Betroffene ihre Interessen artikulieren, ohne die Interessen anderer Beteiligten mit zu bedenken?

Können die Projekte engagierter Aktivisten den Berufsdemokraten Beine machen? Oder sind all diese Initiativen nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein?

Nicht nur die Linken sprechen inzwischen von einer „postdemokratischen Gesellschaft“, also von einer Gesellschaft, in der demokratische Institutionen und Initiativen nur noch eine Alibifunktion erfüllen, weil das Kapital sich immer mehr der demokratischen Kontrolle entzogen hat und seine Herrschaft gegen die Interessen der Mehrheit ausübt. Halten wir fest: Eine Demokratie, die diesen Namen verdient, ist mit der Herrschaft des Kapitals unvereinbar. So gesehen ist die Frage, ob eine repräsentative oder eine Basisdemokratie besser funktioniert, durchaus dritrangig.

Dr. Uta Sändig

Übrigens hat jeder Beruf seinen Fundus an Heuchelsprache. Wenn zum Beispiel Ökonomen sagen, etwas „rechne sich nicht“ oder sei „finanziell nicht darstellbar“, heißt das nicht etwa, dieses Produkt sei so kostengünstig, dass sich die Rechnung nicht lohnt. Nein, gemeint ist, das Produkt werfe nicht genug Profit ab.

**Die Packhof-Moritat
frei nach Goethes Erlkönig**

Wer schreiet so spät durch Nacht und Wind
und will zur Bürgerversammlung geschwind?
Ein Packhofbewohner, ihm wird nicht mehr warm,
er hat den Bebauungsplan unter dem Arm.

Mein Bürger, ich weiß gar nicht, was du hast.
Meine Pläne haben doch immer gepasst.
Die Experten haben gerechnet fein
und lullen bald alle Bedenken ein.

Mein Bürger, was birgst du so bang dein Gesicht?
Siehst, Meisterin, du die Risiken nicht?
Eine Blechlawine nebst Feinstaub-Schweif.
Bleib ruhig, das ist nur ein Nebelstreif.

Ich glaub dir nicht, Meisterin, hör auf mein Wort,
des Nachts wird der Packhof ein düsterer Ort,
am Tag der Verkehr sich lärmend staut,
kein Fahrrad sich mehr auf die Straße traut.

Du lieber Bürger, komm folge mir,
ein tolles Kongresshotel bauen wir hier,
eine Wellness-Oase am Havelstrand.
Undine lockt, ganz ohne Gewand.

Mein Bürger, mich reizt die Hotel-Gestalt.
Sei willig, denn ich bin die Staatsgewalt.
Ich will das Hotel und mit etwas Glück
wird dies für die Stadt mein Meisterstück.

Ach, Meisterin, nein, ich will das nicht,
auch wenn man mir blühende Landschaft verspricht,
ich bleibe nicht ruhig und denke mit Graus,
an den Schulweg der Kinder und wieder nach Haus.

Und mit etwas Pech, sagt der Bürger schlicht,
funktionieren die Packhof-Träume nicht.
Das Hotel mag dümpeln mit Mühe und Not,
doch für unsereins ist der Packhof tot.

Dr. Uta Sändig

Porträt Hans-Joachim Kynast

Nachdem Botho Deregoski von den Gartenfreunden/ Freien Wählern im Mai aus unserer gemeinsamen Fraktion ausschied, rückte Hans-Joachim Kynast für ihn nach, den wir hiermit herzlich in der Fraktion begrüßen. Der Dipl. Ing. ist 62 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Kinder sowie zwei Enkelkinder. Bereits von 2009 bis 2014 saß er für die Gartenfreunde in der SVV. Unsere Fraktion vertritt er nun im Wirtschafts- und im Rechnungsprüfungsausschuss.

HB: Hans-Joachim, wann begann dein politisches Engagement?

H.-J.K.: Die Kleingartenbewegung der Stadt Brandenburg an der Havel besitzt eine über 100-jährige Tradition. Die Kleingärtner sorgen dafür, dass unsere Stadt an vielen Stellen erblüht. Hier entstehen Freiräume, die Möglichkeiten zur sozialen Integration und Kommunikation bieten. In diesem Sinne habe ich 1998 begonnen, die Interessen unserer Kleingärtner zu vertreten.

HB: Wo liegen für dich die inhaltlichen Schnittmengen zwischen der LINKEN und den Gartenfreunden?

H.-J. K.: Auf jeden Fall bei der sozialen Gerechtigkeit. Ich möchte es mal so ausdrücken: DIE LINKE ist für mich eine Andockstelle, wo wir Gehör und Unterstützung finden und nicht untergehen.



Wichtig für mich ist, dass für unsere Gartenfreunde (Harz IV-Empfänger, Rentner, junge Familien) naturverbundene Aktivitäten und Erholung in der Zukunft abgesichert sind und erhalten bleiben.

HB: Wo müsste sich DIE LINKE in der Stadt noch mehr auf die Gartenfreunde zubewegen?

H.-J.K.: Wir Gartenfreunde stehen für eine basisdemokratische und bürgernahe Arbeit. Mit lokaler Kompetenz setzen wir uns auf kommunaler

Ebene für eine Politik ein, die die Belange der Bürger besser berücksichtigt. Im Besonderen stehen wir für eine Stärkung der Bürgerbeteiligung und des ehrenamtlichen Engagements. Da wünsche ich mir noch ein bisschen mehr von den LINKEN.

HB: Was werden deine Schwerpunkte sein?

H.-J.K.: Die Erarbeitung einer Kleingartenentwicklungskonzeption für die Stadt Brandenburg an der Havel mit dem Schwerpunkt der Integration in das Stadtentwicklungskonzept. Daneben möchte ich die aktive Öffentlichkeitsarbeit der Kleingartenvereine und des Kreisverbandes stärken. Dabei kann ich mir insbesondere beim ersten Punkt eine effektive Zusammenarbeit von Gartenfreunden und LINKEN vorstellen.

Die HB bedankt sich für das Gespräch und wünscht persönlich und politisch weiterhin alles Gute.

*Für die HB fragte:
Daniel Herzog*

Das muss drin sein – die Kampagne geht weiter

In den vergangenen Monaten waren wir wieder auf den Straßen und Plätzen Brandenburgs unterwegs. Es ging vor allem um den Pflegenotstand im Gesundheitswesen. Durch zu wenig Personal wird der

deutschen Krankenhäusern“ zeigten und darüber diskutierten, wurden diese Probleme noch einmal besonders deutlich. Die Schwestern, Pfleger und Ärzte sind so unzufrieden wie wir, die Bürger und Patienten.

Darum unterstützen wir, die LINKEN, die Gewerkschaft ver.di in ihrem gerechten Kampf für bessere Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern, Altenheimen und überall im Gesundheitswesen.

Am 5. Juni waren wir mit unserem Infostand wieder beim Kinderfest im „Waldcafé Görden“. Wir fragten die Besucher, was sie den Bundestagsabgeordneten gern sagen möchten, wofür sie sich einsetzen sollen. „Schluss mit Leiharbeit und Minijobs“, einen „Mindestlohn von 15 Euro“, „Bildung, soll keine Frage der sozialen Herkunft sein“ und „Stoppt TTIP und CETA“ waren neben der „Kinderförderung“ und „Gleiche Renten in Ost und West“ die Hauptforderungen. Wir setzen uns dafür ein, diese Forderungen zu erfüllen.

Solveigh Calderin



Aufenthalt im Krankenhaus oder Altenheim lebensgefährlich. Viele Bürgerinnen und Bürger berichteten uns von ihren Erlebnissen mit dem Gesundheitswesen. Die Wartezeiten bis zu einem halben Jahr bei Fachärzten, viel zu wenig Allgemeinmediziner oder mangelhafte Betreuung in Krankenhäusern und Altenheimen, obwohl die Schwestern und Pfleger ihr Bestes geben: Diese Themen treiben die Brandenburger um.

Als wir am 12. Mai im Fonte die Wallraff-Dokumentation „Katastrophale Zustände in

Demonstration gegen TTIP und CETA

Am 17. September 2016 demonstrieren die Menschen zeitgleich in sieben Städten der Bundesrepublik gegen TTIP und CETA. Wir rufen die Brandenburgerinnen und Brandenburger auf, sich zahlreich an der Demonstration in Berlin zu beteiligen. Gemeinsam schaffen wir es, TTIP und CETA zu verhindern!

Kommt alle! Zeigen wir den Regierenden in Berlin: TTIP und CETA – nicht mit uns!



Die Heine-Büste kommt – irgendwann

Vor nunmehr fast andert-halb Jahren wurde die Heinrich-Heine-Büste am gleichnamigen Havelufer kaltschnäuzig vom Sockel geholt. Es dauerte lange, bis eine Initiative der Denkmalschützer in die Gänge kam, um die „weltweit schönste Büste dieser Art“, so Christian Liedtke, Archivar des Heine-Instituts Düsseldorf, durch einen Nachguss zu ersetzen. Um das Geld dafür zusammenzubringen – die Rede ist von ca. 9000,- Euro –, wurde ein Spendenkonto eingerichtet. Die Auftaktveranstaltung im Gotischen Haus („Havelbrandung“ berichtete) war gut

besucht, erbrachte aber nicht einmal die Hälfte der Summe. Auch die Initiative der LINKEN



Brandenburger Heine-Fans müssen derzeit bis zum Brocken pilgern, wenn sie ein Heine-Denkmal sehen wollen
Foto: Uta Sändig

und des Kulturausschusses, zur April-SVV vorbereitete

Überweisungen auszulegen, fand kaum ein Echo. Mag sein, die Nummer des Spendenkontos hätte noch öfter publiziert werden sollen, aber die eigentlichen Gründe für die schleppenden Bemühungen, einen Nachguss der Büste zu finanzieren, sind anderswo zu suchen.

Erstens, Kultur gehört zu den „freiwilligen Leistungen“. Die Verwaltung hat, mit mehrheitlicher Zustimmung der Stadtverordneten, für Kunst im öffentlichen Raum jährlich ganze 2500,- Euro vorgesehen. Die reichen gerade mal, um die ca. 50 Freiluft-Kunstwerke, die im Besitz der Stadt

sind, periodisch zu reinigen und empfindliche Objekte im Winter durch ein „Haus“ zu schützen. Mehr ist angesichts der Kassenlage nicht möglich, heißt es. Wirklich nicht? Man könnte doch z.B. die Prioritäten anders setzen, sagen wir mal, das Verhältnis von Sport- und Kunstförderung zugunsten der Kunst verschieben. Man müsste nur wollen. Statt dessen verlässt man sich seit vielen Jahren auf private Sponsoren und Spendenkampagnen, die für den guten Zustand der Kunstwerke sorgen sollen.

Zweitens, die Spendenbereitschaft ist angesichts der ge-

häuft auftretenden Fälle von Vandalismus an Kunstwerken in unserer Stadt nicht sonderlich groß. Wir ermuntern trotzdem zu einer Spende. Die Adresse lautet: Stadtkasse Brandenburg, IBAN DE55 16050000, Konto-Nr. 3611660026, BIC: WELADED1 1 PMB, Verwendungszweck: Heine-Büste 213828-41-16006.

Kleiner Lichblick: Inzwischen ist eine zweite Veranstaltung zum Spendensammeln unter Einbeziehung der Galerie Sonnensegel geplant. Termin und Ort stehen allerdings noch nicht fest.

Redaktion Havelbrandung

Bilderrätsel

Mit der Eröffnung der BUGA wurden neun Waldmöpfe übergeben. Inzwischen sind sechzehn dieser lustigen Gesellen der Berliner Künstlerin Clara Walter über das Stadtgebiet verteilt. Die Stadt ehrt damit ihren Sohn Bernhard-Viktor Christoph-Carl – Vicco – von Bülow alias Lorient. Im heutigen Bilderrätsel wollen wir den Standort von vier Waldmöpfen wissen. Zeigen die Fotos je einen

- a) am Steintorturm,
- b) am Schiffsanleger der Neustadt,
- c) auf dem Packhofgelände,
- d) unter den Domlinden,
- e) am alten Stadtbad
- f) an der Johanniskirche.

Interessierte BrandenburgerInnen wissen, wo sich die gesuchten Waldmöpfe befinden. Senden Sie Ihre Antwort unter dem Stichwort „HB Bilderrätsel“ bis zum 31.07.2016 an die Redaktion der Havelbrandung c/o DIE LINKE, Kirchhofstr. 1 - 2, 14776 Brandenburg an der Havel. Die Gewinner können sich wieder über City-Schecks freuen. In der nächsten Ausgabe der Havelbrandung wird die Auflösung bekannt gegeben.

Werner Müller



Auflösung des Bilderrätsels aus der Ausgabe 1/2016

Im gesamten Stadtgebiet Brandenburg sind viele Skulpturen, Plastiken, Ehrenmale usw. verteilt. Wir suchten in der letzten Ausgabe nach dreien.

Bild 1 zeigt ein Detail des Ehrenmales für den antifaschistischen Widerstand am Krematorium (Nordaufgang Marienberg). Hier war Buchstabe a) richtig.

Bild 2 zeigt eine der Skulpturen am Eingang des Bürgerhauses Hohenstücken. Wer sich für c) entschieden hatte, lag richtig.

Etwas schwerer war die letzte Frage. Bild 3 zeigt den oberen Teil der Zugangstür zum Packhof 9. Buchstabe a) war richtig.

Über einen City-Scheck können sich Cornelia Görsch, Monika Schulze und Klaus Brandt freuen. Herzlichen Glückwunsch.

Was? Wann? Wo?

Achtung! Im Juli und August machen wir „Sommerpause“. Die Geschäftsstelle hat nur dienstags und donnerstags, jeweils von 9.00 – 17.00 Uhr, geöffnet.

September

- 10.09.16 – 09.30 Uhr – Mitgliederversammlung im TGZ
- 12.09.16 – 18.00 Uhr – Fraktionssitzung
- 21.09.16 – 09.30 Uhr – Bürgerfrühstück
- 21.09.16 – 16.00 Uhr – Bürgersprechstunde
- 26.09.16 – 18.00 Uhr – Fraktionssitzung
- 27.09.16 – 16.00 Uhr – BO-Vorsitzendenberatung
- 29.09.16 – 18.30 Uhr – Wahlkreisversammlung im TGZ

Oktober

- 10.10.16 – 18.00 Uhr – Fraktionssitzung
- 19.10.16 – 09.30 Uhr – Bürgerfrühstück
- 19.10.16 – 16.00 Uhr – Bürgersprechstunde
- 24.10.16 – 18.00 Uhr – Fraktionssitzung
- 25.10.16 – 16.00 Uhr – BO-Vorsitzendenberatung

ab September wieder: immer freitags 13.00 – 15.00 Uhr Internetcafé für Geflüchtete

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden in der Geschäftsstelle der LINKEN, Kirchhofstraße 1-2, statt.

Weitere Termine auf <http://tinyurl.com/zjpxlvr>

Änderungen und Ergänzungen vorbehalten, beachten Sie auch aktuelle Pressemitteilungen.

Impressum HAVELbrandung

Die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel, Ausgabe 02/2016, Herausgeber: DIE LINKE. Brandenburg an der Havel, Kirchhofstr. 1 - 2, 14776 Brandenburg an der Havel, V.i.s.d.P.: Lutz Krakau, E-Mail: redaktion@dielinke-stadt-brb.de.

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Druck: LR Medienverlag und Druckerei GmbH, Straße der Jugend 54, 03050 Cottbus, Auflage: 15.000 Stück, Redaktionsleitung: Dr. Uta Sändig, Daniel Herzog (beide Text), Werner Müller (Bild und Koordination), Jule Moosdorf, Redaktion: Solveigh Calderin, Robert Kleiber, Lutz Krakau, Andreas Kutsche, Robert Scholz, Wilfried Weise und Petra Zimmermann, Grafik: Privat (6), DIE LINKE Brandenburg (7)

Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE: Kirchhofstr. 1 - 2, 14776 Brandenburg an der Havel

- Montag bis Donnerstag 09:00 bis 17:00 Uhr
- Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr

Telefon: 03381 / 22 47 33

Fax: 03381 / 22 99 61

Website: www.dielinke-stadt-brb.de

Wenn der Mensch den Menschen braucht ...

**Bestatter und Trauerredner
Wolfgang Bonatz
Friedensruh Bestattungen**

Brandenburg - Hochstraße 8

☎ Tag und Nacht 03 381-70 17 95